

Weimar, den 16.02.2013

Resolution der AbL Thüringen

Beschlossen auf der Landesversammlung / Tag der Landwirtschaft in Weimar am 16.02.13

Thüringen für bäuerliche Reform der EU-Agrarpolitik

Die Thüringer Landesversammlung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ruft die Landesregierung des Freistaats Thüringen und ihren Landwirtschaftsminister Jürgen Reinholz auf, sich mit ganzer Kraft für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Agrarpolitik und für eine bäuerlich ausgerichtete Reform der EU-Agrarpolitik einzusetzen. In dieser aktuellen Reform stehen nun die Entscheidungen an.

Die Bundesministerin hat für kommenden Mittwoch die Ministerinnen und Minister aller Bundesländer nach Berlin geladen, um die deutsche Haltung zur Reform zu besprechen. Wir fordern die thüringische Landesregierung und Minister Reinholz auf:

1. Sperren Sie sich nicht länger gegen einen gerechteren Einsatz der EU-Agrargelder an die landwirtschaftlichen Betriebe. Setzen Sie sich aktiv dafür ein, dass mit den Direktzahlungen der EU nicht länger einige wenige Großbetriebe über Gebühr profitieren, sondern mit den Steuergeldern die bäuerlichen Betriebe honoriert werden, die die meisten gesellschaftlichen Leistungen erbringen und mit einem hohen Arbeitskräftebesatz für eine hohe Wertschöpfung in der Region sorgen. **Viele Bauern und Bäuerinnen braucht das Land**, damit die ländliche Gemeinden lebendig bleiben. Deshalb:
 - Treten Sie ein für die Einführung einer **gestaffelten Obergrenze** für die Basisprämien bei maximal 150.000 Euro pro Betrieb und Jahr unter Anrechenbarkeit der halben tatsächlichen Lohnkosten der Betriebe.
 - Treten Sie ein für die Einführung eines **Zahlungsaufschlags für die ersten 20 bis 50 Hektar je Betrieb** in Höhe von 30 Prozent oder 100 Euro je Hektar, wie es der französische Landwirtschaftsminister und der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments fordern.
2. Sagen Sie Ja zum dem Prinzip „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“, sagen Sie Ja zu einer Bindung der Direktzahlungen an einige wenige, aber wirksame ökologische Standards, damit diejenigen Betriebe nicht länger den Kürzeren ziehen, die mit einer guten bäuerlichen Praxis nicht nur Lebensmittel erzeugen, sondern gleichzeitig einen aktiven **Beitrag zur Erhaltung einer gesunden Umwelt und der biologischen Vielfalt leisten**. Deshalb:
 - Treten Sie dafür ein, dass die Direktzahlungen an eine **echte Fruchtfolge** auf dem Acker gebunden werden mit einem Mindestanteil an heimischen Eiweißpflanzen (**Leguminosen**) wie Ackerbohnen, Erbsen, Klee gras.

- Treten Sie dafür ein, dass die noch verbliebenen Wiesen und Weiden (**Dauergrünland**) in einer vernünftigen Bewirtschaftung erhalten bleiben.
 - Treten Sie dafür ein, dass jeweils ein **Mindestanteil** von 10 Prozent der Betriebsflächen so bewirtschaftet wird, dass durch die Art der Nutzung ein besonders **positiver Beitrag zum Umweltschutz und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt** verbunden ist.
3. Machen Sie sich stark für EU-weite **Regeln an den Agrarmärkten**, die **für ein faires Gleichgewicht der Kräfte** in der Lebensmittelkette sorgen, damit die Bauern und Bäuerinnen und die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht länger gegenüber den Konzernen der Agrar- und Ernährungsindustrie ohnmächtig auf verlorenem Posten stehen, sondern ein echtes Gegengewicht am Markt aufbauen können – ganz im Sinne einer fairen und sozialen Marktwirtschaft. Deshalb:
- Unterstützen Sie die Vorschläge der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Rechts für Bauern und Bäuerinnen, sich in **unabhängigen Erzeugergemeinschaften** zusammenzuschließen und am Markt gemeinsam zu agieren – für alle Produktbereiche. Das muss allerdings auch für Mitglieder von genossenschaftlich finanzierten Molkereikonzernen gelten.
 - Unterstützen Sie den Vorschlag des Agrarausschusses im Europäischen Parlament, der auf eine **Vermeidung von Überschüssen am Milchmarkt** abzielt, indem im Falle von Marktkrisen diejenigen Milcherzeuger unterstützt werden, die ihre Milcherzeugung kurzfristig um mindestens 5 % reduzieren, und auf der anderen Seite die Milcherzeuger zur Mitverantwortung herangezogen werden, die über 5 % mehr Milch abgeliefert haben. Marktwirtschaft ist, wenn auf die Signale des Marktes vorsorglich reagiert wird und die Erzeugung jeweils dem Bedarf des Marktes angepasst wird, anstatt über den Bedarf hinaus zu produzieren und dann mit den Überschüssen staatliche Lagerhallen zu füllen (Intervention).
 - Sorgen Sie dafür, dass die Bundesregierung sich unmissverständlich für die **sofortige Abschaffung aller Exportsubventionen** einsetzt.
 - Treten Sie ein für eine **aussagekräftige Kennzeichnung von Lebensmitteln**, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich eine Wahlfreiheit erhalten und sich regionale Lebensmittel, für Tierschutz und für weitere hohe **Qualitäten** entscheiden können. Nicht erst der aktuelle Hackfleisch-Skandal macht die Notwendigkeit einer verpflichtenden und detaillierten **Herkunftskennzeichnung** - auch für verarbeitete Lebensmittel – deutlich. Zudem muss auf allen tierischen Lebensmitteln ersichtlich sein, ob die **Tiere artgerecht gehalten** worden sind oder eben (noch) nicht. Was für das Ei gilt, muss für auch für Fleisch- und Milchprodukte gelten.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union ist nicht für die Agrarindustrie da, sondern hat der gesamten Gesellschaft, also den Interessen aller Bürgerinnen und Bürger einschließlich aller Bauern und Bäuerinnen zu dienen.

Jetzt muss der Einstieg in eine Agrarpolitik in diesem Sinne gelingen. Thüringens Landesregierung steht hier voll in der Mitverantwortung. Wir erwarten von unserer Landesregierung einen entsprechenden Einsatz.